

## Auf einen Blick

### Ein EU-Beitritt heisst:

Massiver Zentralismus

Das Ende der direkten Demokratie in wichtigen Bereichen

Abtretung der politischen Macht an die EU-Führung und -Bürokratie

Weniger Freiheit

Der Verzicht auf eine eigenständige Aussen- und Sicherheitspolitik

Die Preisgabe der schweizerischen Neutralität

Milliardenzahlungen an die EU

Höhere Arbeitslosigkeit

Weniger Wohlstand

Lohneinbussen und weniger Kaufkraft

Höhere Schuld- und Hypothekarzinsen

Zusätzliche und höhere Steuern, Abgaben und Prämien (MwSt von 7,6 auf mind. 15 Prozent)

Verzicht auf den Schweizerfranken und ein damit verbundener Verlust von Volksvermögen

Integration des Finanzplatzes Schweiz in einen Finanzplatz Europa.<sup>1</sup>

Abtretung der Gold- und Währungsreserven an die Europäische Zentralbank

Gefährdung des Forschungsniveaus

Tiefgreifender Umbau der Finanz- und Fiskalpolitik

Einschränkung des flexiblen Arbeitsmarktes durch Regulierung und Sozialbelastung

Hohe Aussenzölle

Gefahr des Mithineinziehens in Handelskriege

Weniger Umweltschutz, mehr Transitlastwagen; weniger Tierschutz, mehr Tiertransporte.

<sup>1</sup> Schweiz – Europäische Union: Integrationsbericht 1999, Bundesrat, S. 364

## EU-Beitritt und drei wichtige Bereiche

### Direkte Demokratie

Die Schweiz ist eine direkte Demokratie. Die schweizerische Bundesverfassung kann nicht geändert werden, ohne dass eine Mehrheit des Volkes und der Kantone zustimmt. Auch bei Gesetzesänderungen oder beim Abschluss internationaler Verträge kann das Volk mitreden.

Ganz anders in der Europäischen Union (EU): Das Volk ist grundsätzlich von solchen Entschieden – und seien sie noch so wichtig – ausgeschlossen. Die Deutschen durften sich nicht dazu äussern, ob sie ihre Währung behalten wollen. Die Engländer hatten kein Recht zu sagen, ob sie mit der Osterweiterung einverstanden sind. Zum Vertrag von Lissabon („EU-Verfassung“) wurde nicht in allen Staaten eine Abstimmung durchgeführt.

**Die direkte Demokratie hat den grossen Vorteil, dass im Sinne des Volkes und nicht nur im Sinne der Politiker entschieden wird.**

Warum ist die Mehrwertsteuer in der Schweiz viel tiefer als in der EU? Weil bei uns der Steuersatz in der Verfassung verankert ist. Bei jeder Steuererhöhung muss das Volk gefragt werden, ob es einverstanden ist. Oftmals ist es nicht einverstanden. Wenn die Politiker das Volk nicht fragen müssen, steigen die Steuern viel stärker an. Die EU schreibt den Ländern vor, dass der Mindestsatz 15 % betragen müsse. Da können sie abstimmen, so lange sie wollen. Es gilt das, was die EU von oben bestimmt.

### Wirtschafts- und Währungspolitik

Mit dem Vertrag von Maastricht 1993 hat die EU eine Wirtschafts- und Währungsunion eingeführt. Die EU-Mitgliedsländer haben damit ihre Unabhängigkeit insbesondere in der Währungspolitik aufgegeben. Die nationalen Währungen wurden durch den Euro als Einheitswährung abgelöst.

Die Schweiz bleibt dagegen frei, ihre eigene Währung weiterzuführen. Der Schweizer Franken hat gegenüber dem Euro einen **Zinsvorteil**, der für unser Land und unsere Wirtschaft von grosser Bedeutung ist. Ohnehin sind wir frei, die **Leitzinsen so auszugestalten, wie es den Bedürfnissen unserer Wirtschaft entspricht**. Wenn die Wirtschaft gut läuft, kann die Schweizerische Nationalbank die Zinsen erhöhen. Wenn die Wirtschaft schlecht läuft, kann sie die Zinsen senken.

Die EU-Länder müssen sich demgegenüber den Beschlüssen der europäischen Zentralbank unterwerfen. Doch wie entscheidet diese Zentralbank, wenn ein Land in einer Rezession ist und ein anderes Land in der Hochkonjunktur? Wie sind die Zinsen dann festzulegen? Der Euro verunmöglicht eine Währungspolitik, welche den Bedürfnissen der nationalen Volkswirtschaften entspricht. Einheitsbrei statt Eingehen auf Unterschiede.

**Die Unabhängigkeit der Schweiz heisst Handlungsfreiheit.** Diese erlaubt uns, eine eigenständige Aussenwirtschaftspolitik zu führen. Ein Beispiel: Der Bundesrat hat vor einiger Zeit das Freihandelsabkommen mit Südkorea genehmigt. Die Schweiz erhält damit freien Zugang zu einer der zehn grössten Volkswirtschaften der Welt. Bisher haben weder die EU noch die USA ein solches Abkommen abschliessen können. Jedes Jahr exportieren Schweizer Unternehmen im Wert von über einer Milliarde Franken nach Korea. Hier wird der Vorteil der Unabhängigkeit ganz konkret spürbar.

### Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Als weiteren Bereich, den die EU vereinheitlicht hat, ist die **Sicherheits- und Verteidigungspolitik** zu nennen. Die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik umfasst sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der EU betreffen. Dazu gehört auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte. **Die EU wird so zu einem Verteidigungsbündnis.** Doch nicht nur das. Die EU hat sich in der "Europäischen Sicherheitsstrategie" vom Dezember 2003 auch die Stärkung der Sicherheit in ihrer

Nachbarschaft zum Ziel gesetzt. Dabei werden die Länder im Osten der EU, der Balkan und der Mittelmeerraum genannt. Es ist aber auch davon die Rede, "Einfluss im Weltmassstab" ausüben zu wollen. Die EU nimmt Züge eines Imperiums an, das sich nicht auf das eigene Territorium beschränkt, sondern auch ausserhalb Einfluss nehmen will.

**Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU lässt sich nicht mit der schweizerischen Neutralität vereinbaren.** Innerhalb der EU büsst die Schweiz ihre bewährte, jahrhundertalte und immerwährende Neutralität ein. **Diese Politik hat uns als Kleinstaat immer wieder davor bewahrt, in die Kriege der Grossmächte hineingezogen zu werden.**

## Ein EU-Beitritt: wirtschaftliche und politische Nachteile

### Souveränitätsverzicht und Abbau der direkten Demokratie:

Für EU-Mitglieder gilt unmissverständlich: EU-Recht bricht Landesrecht. Es ist eine Tatsache, dass die EU immer mehr Bereiche regelt und die Autonomie und Souveränität der Mitgliedsländer dadurch einschränkt. Die angeblichen Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte des Kleinstaates Schweiz in den EU-Gremien wären minimal und in Anbetracht der Tatsache, dass die EU immer mehr zu Mehrheitsentscheidungen drängt, stets bedeutungsloser.

#### Im Detail:

#### In diesen Bereichen müssten wir als EU-Mitglied fremdes Recht übernehmen ...

... sowie die Souveränität und Neutralität preisgeben <sup>2</sup> :	... sowie die Souveränität und Neutralität einschränken:
<b>Aussenbeziehungen</b> <b>Aussenhandel</b> <b>Aussen- und Sicherheitspolitik</b> <b>Beschäftigung und Sozialpolitik</b> <b>Justiz, Freiheit und Sicherheit</b> <b>Institutionelle Fragen</b> <b>Landwirtschaft</b> <b>Steuerwesen</b> <b>Wirtschaft und Währung</b> <b>Zoll.</b>	Audiovisuelle Politik und Medienpolitik Betrug Bildung, Ausbildung, Jugend Binnenmarkt Energie Entwicklung Erweiterung Fischerei Forschung und Innovation Gesundheitswesen Haushalt Humanitäre Hilfe Informationsgesellschaft Kultur Lebensmittelsicherheit Menschenrechte Regionalpolitik Umwelt Unternehmen Verbraucher Verkehr Wettbewerb.

<sup>2</sup> „Mit dem Beitritt zur EU würde die Schweiz einerseits in wichtigen Bereichen staatlicher Tätigkeit erhebliche Kompetenzen an eine supranationale Gemeinschaft übertragen.“  
Schweiz – Europäische Union: Integrationsbericht 1999, Bundesrat, S. 327

## Preisgabe der schweizerischen Neutralität:

Ein Beitritt zur politischen Union der EU mit gemeinsamer Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik bedeutet das Ende der dauernd bewaffneten Neutralität der Schweiz.

## Milliardenkosten:

Im Falle eines EU-Beitritts ist mit 5 bis 7 Milliarden Franken jährlichen Zahlungen zu rechnen, was für die Schweiz eine erheblich höhere Staats- und Steuerquote bedeutet. Eine vierköpfige Schweizer Familie muss mit jährliche Mehrausgaben von rund 3'600 Franken rechnen (zusätzliche Teuerung beim Warenkorb wegen doppelter Mehrwertsteuer). Dazu kommen weitere Kosten, welche bei einer Mitgliedschaft und den damit verbundenen zunehmenden aussenpolitischen Umtrieben, die Anpassung schweizerischer Gesetze, Aus- und Umbau der Bundes- und Kantonsverwaltungen anfallen.

Weitere Milliarden fallen für die Erweiterungen der EU („Kohäsionszahlungen“), die Sicherung der Aussengrenzen usw. an.

### Im Detail:

#### Sehr hohe Zahlungen an die EU

Die folgende Aufstellung beruht auf Annahmen. Die Höhe der Beiträge wäre Gegenstand von Beitrittsverhandlungen. Allerdings dürften die endgültig zu bezahlenden Beiträge mit hoher Wahrscheinlichkeit noch höher ausfallen.

#### Als EU-Mitglied müsste die Schweiz bezahlen (Mindestannahme)<sup>3</sup>:

Schweizer Zolleinnahmen jährlich	1'000'000'000.--
Jährliche Anteil am BNE* für die EU	2'000'000'000.--
Mehrwertsteuerabgaben	1'800'000'000.--
<b>Total</b>	<b>4'800'000'000.--</b>

\*BNE = Bruttonationaleinkommen

Die Schweiz würde aus den EU-Kassen rund 1,3 Milliarden Franken erhalten, davon 900 Millionen für die gemeinsame Agrarpolitik.<sup>4</sup> Somit würde die Nettozahlung an die EU mindestens 3'500'000'000 Franken betragen. Die Schweiz wäre somit einer der grössten Beitragszahlern, gemessen an der Bevölkerung sogar der grösste Nettozahler.

Als einmalige Zahlung müsste die Schweiz 55 Milliarden Euro (rund 83'000'000'000 Franken!) an das Kapital und die Währungsreserven der Europäischen Zentralbank (EZB) einbezahlen.<sup>5</sup>

## Enorme Zinsbelastung:

Noch schwerwiegender fällt die unvermeidliche Anpassung des schweizerischen ans europäische Zinsniveau ins Gewicht. So wären die Schuldzinsen in der Schweiz – sofern diese an das günstigste Zinsniveau innerhalb der EU angepasst würden – um mindestens 1,5 Prozent höher! Die Zinsbelastung für die gesamte staatliche und private Schuldenlast der Schweiz von insgesamt rund 1'000 Milliarden Franken würde dadurch um 15 Milliarden Franken pro Jahr ansteigen. Sowohl die Steuerzahler von Bund, Kantonen und Gemeinden als auch alle privaten Schuldner – vor allem die Wirtschaft und Hypothekarschuldner – hätten diese Kosten zu bezahlen.

<sup>3</sup> „Zürich und Europa. Materialien für eine europapolitische Standortbestimmung des Kantons Zürich“, Hrsg. Regierungsrat des Kantons Zürich, 2006 / Schweiz – Europäische Union: Integrationsbericht 1999, Bundesrat

<sup>4</sup> „Zürich und Europa. Materialien für eine europapolitische Standortbestimmung des Kantons Zürich“, Hrsg. Regierungsrat des Kantons Zürich, 2006

<sup>5</sup> „Zürich und Europa. Materialien für eine europapolitische Standortbestimmung des Kantons Zürich“, Hrsg. Regierungsrat des Kantons Zürich, 2006

## **Gefahr für die soziale Sicherheit:**

Die unbegrenzte Zuwanderung wäre mit enormen Sozialkosten verbunden. Unsere Sozialwerke wären gefährdet. Im Gegensatz zur heute geltenden Personenfreizügigkeit (bilateraler Vertrag) verfügte die Schweiz über keine Schutzmechanismen (Ventilklauseln usw.).

## **Höhere Wohnungsmieten:**

Schwerwiegend sind im Fall eines EU-Beitrittes auch die Auswirkungen auf den Immobilienmarkt, auf die Mietzinse und die Bauindustrie. Weil die Mietzinse in der Schweiz durch Gesetz an die Hypothekarzinsen gekoppelt sind, würden auch die Mieten um rund 20 bis 30 Prozent steigen. Ausserdem würde eine solche Zinssteigerung unweigerlich zu einer schweren Immobilien- und Baukrise führen.

## **Massiver Anstieg der Steuerlast (Staatsquote):**

Die gewaltige Zunahme der gesamten Steuer-, Abgaben- und Schuldenlast, unter anderem mit einer Mehrwertsteuer von mindestens 15 Prozent, führt zu einem massiven Anstieg der Staatsquote. Dies bringt dem Wirtschaftsstandort Schweiz schwere Nachteile, verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit und damit mehr Arbeitslose. Die Preise für Konsumentinnen und Konsumenten steigen.

## **Verlust des Schweizer Frankens und der Währungsautonomie:**

Bei einem Beitritt zur Europäischen Union und damit zur Währungsunion verlieren wir den Schweizer Franken und die Währungsautonomie. Dadurch verliert die Schweiz ihr effizientes Mittel zur Regulierung der Geldwertstabilität und damit indirekt auch der Beschäftigungssituation des Landes.

## **Ruinös für die Schweizer Landwirtschaft:**

Für die schweizerische Landwirtschaft entstünden Einbussen von 3 bis 4 Milliarden Franken beim Markterlös. Für die Schweizer Landwirtschaft, insbesondere für den Fleisch- und Getreidemarkt, wäre ein EU-Beitritt ruinös.

## **Milliardenschwere Korruption:**

Die milliardenschwere Korruption ist in der zentralistischen, unüberschaubaren EU-Konstruktion eine Tatsache, die auch der EU-Rechnungshof immer wieder kritisiert. Die Schweiz – als eine der grössten Nettozahlerinnen – hätte diesen Sumpf auch noch mitzufinanzieren.

## **Verlust der wirtschaftspolitischen Handlungsfreiheit<sup>6</sup>:**

Die Schweiz hat eine exportorientierte Wirtschaft. Ihr Dienstleistungssektor ist weltweit erfolgreich tätig. Deshalb ist es existentiell, dass die Schweiz mit der ganzen Welt, das heisst mit allen Wirtschaftsregionen, günstige Voraussetzungen für den Handel aushandelt und unterhält. Die Fokussierung auf die EU ist gefährlich und bedroht unsere Arbeitsplätze sowie unseren Wohlstand.

„Eine Einbindung in die Eurozone beraubte unser Land globaler Wachstumschancen, weil die daraus resultierenden eklatanten Zins-, Inflations- und Arbeitslosigkeitsrisiken sowie die Gefah-

<sup>6</sup> Vertrag für eine Verfassung für Europa Artikel I-15: „Die Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik: (1) Die Mitgliedstaaten koordinieren ihre Wirtschaftspolitik innerhalb der Union. Zu diesem Zweck erlässt der Ministerrat Massnahmen; insbesondere beschließt er die Grundzüge dieser Politik. Für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, gelten besondere Regelungen. (2) Die Union trifft Maßnahmen zur Koordinierung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten, insbesondere durch die Festlegung von Leitlinien für diese Politik. (3) Die Union kann Initiativen zur Koordinierung der Sozialpolitik der Mitgliedstaaten ergreifen.“

ren im Bereich der öffentlichen Verschuldung allfällige EU-Binnenmarktvorteile per Saldo wohl deutlich überwiegen würden. Da überdies die ökonomischen, strukturellen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen in der Schweiz und in der EU mehr und mehr auseinanderklaffen, wird ein EU-Beitritt für sie mit zunehmender Dauer und auf absehbare Zeit immer riskanter.<sup>7</sup>

## Europapolitische Optionen im Überblick

Sinnvoll sind bilaterale Abkommen, sofern schweizerische Interessen gewahrt werden. Alle anderen europapolitischen Wege sind lediglich Etappen zum EU-Beitritt. Und der EU-Beitritt bringt der Schweiz sehr grosse Nachteile.

	Bilateral	EWR*	EU-Beitritt
<b>Souveränität</b>	😊/😞	😞	😞😞
<b>Direkte Demokratie</b>	😊/😞	😞/😞	😞😞
<b>Neutralität</b>	😊	😞	😞😞
<b>Handelsfreiheit</b>	😊	😞	😞😞
<b>Steuerpolitik</b>	😊	😞	😞😞
<b>Ausländerpolitik</b>	😞	😞	😞😞
<b>Verkehrspolitik</b>	😞	😞	😞😞
<b>Währungs-/Geldpolitik</b>	😊	😞	😞😞
<b>Preise/Schuldzinsen/Mieten</b>	😊	😞	😞😞
<b>Föderalismus/Hoheit Kantone</b>	😊	😞	😞😞

\*Europäischer Wirtschaftsraum

<sup>7</sup> Prof. Dr. Franz Jaeger, Ordinarius für Wirtschaftspolitik und Geschäftsführender Direktor des Forschungsinstituts für Empirische Ökonomie und Wirtschaftspolitik, Referat anlässlich der 21. ordentlichen Mitgliederversammlung der AUNS in Bern

## Drei prominente Stimmen ...

### Nicolas G. Hayek ...

Frage: Bedauern Sie, dass die Schweiz nicht zur EU gehört?

Antwort: «Nein, ganz und gar nicht. Die EU produziert nur Gesetze, die mehr erschweren, statt zu erleichtern. Ich kann das gut beurteilen, weil ich in verschiedenen EU-Kommissionen sitze und hinter die Kulisse sehe. Man hat sich von der EU eine starke Wirtschaft versprochen und hat heute die höchsten Arbeitslosenzahlen in Frankreich und Deutschland (...) Ich bin kein Gegner von Europa, aber ein Kritiker der EU.»

*Nicolas G. Hayek, Präsident des Verwaltungsrates der Swatch Group in Biel, Auszug aus einem Interview in der Schweizer Revue, Nr. 4/2005*

### Franz Ludwig Graf von Stauffenberg ...

«Die Regierenden, die Parlamente und die Amtswalter hatten die Verstrickung kontinuierlich betrieben, kulminierend im Vertrag von Lissabon. Sie haben gewusst, dass die Bürger nicht wissen, was da mit ihnen geschieht. Vermutlich wissen sie es selber nicht. In Europa haben Amtsträger und Amtswalter die Menschen verloren: Eine entsetzende Erkenntnis auf unserem Kontinent, der sich aus den Schrecken seiner eigenen Geschichte der Demokratie, der Herrschaft des Volkes, verpflichtet hat. Eine Herrschaft des Volkes gibt es nicht, wo die Regierenden die Menschen verloren haben.

Ob die Schweizer EU-Mitglied werden wollen oder nicht, müssen Sie, meine Damen und Herren, selbst entscheiden. Ich gebe Ihnen auch keine Empfehlungen zum Umgang mit der EU. Ich sage den Schweizern nur eines: Schaut Euch diesen Laden genau an! »

*Franz Ludwig Graf von Stauffenberg, Sohn des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg, ehemaliger CSU-Abgeordneter im Deutschen Bundestag und Vorsitzender des Rechtsausschusses im EU-Parlament, Auszug aus einer Rede in Bern vom 25. April 2009*

### Dr. Klaus von Dohnanyi ...

«Die Schweiz könnte aber auch mit dem Beitritt in die EU ihre ökonomischen Vorteile verlieren, das darf man auch nicht übersehen. Denn diese resultieren ja sowohl aus der dezentralen Problemnähe des wählenden Bürgers, als auch aus der traditionsreichen Neutralität. Die dezentrale föderalistische Struktur der Schweiz ist nämlich ein entscheidender Quell für zwei wichtige Eigenschaften, die ich aus der Ferne, also aus Deutschland betrachtet, immer wieder in der Schweizer Politik sehe, nämlich: REALISMUS und EIGENVERANTWORTUNG.

Das hat massgeblich zum Schweizer Erfolg beigetragen. Wo nämlich die Entscheidungen für die praktischen Fragen des Lebens getroffen werden, ist von grosser Bedeutung.

Je mehr diese Entscheidungen vom Bürger weggerückt werden, und von seiner eigenen Lebenserfahrung abweichen, desto abstrakter, theoretischer und ideologischer könnten am Ende Urteil und politische Entscheidungen werden.»

*Dr. Klaus von Dohnanyi, ehemaliger Bundesminister, Staatsminister und Erster Bürgermeister von Hamburg, Mitglied der SPD, Auszug aus einer Rede in Bern vom 6. Mai 2006*